Bund Deutscher Kriminalbeamter

10.000 Einstellungen in der Polizei Baden-Württemberg – eine ernüchternde Kurzbilanz des Bund Deutscher Kriminalbeamter

29.07.2022

Pressemitteilung und Faktencheck des Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Baden-Württemberg vom 29.07.2022.

2017 gab es in Baden-Württemberg im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Kommunen, den Regionalpräsidien der Polizei, dem Präsidium Technik, Logistik und Service, dem Polizeipräsidium Einsatz, der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg und dem LKA Baden-Württemberg 24.243,5 Polizeivollzugsstellen. 2022 sind es im Haushaltsplan 24.433 Polizeivollzugsstellen.

Die größte Einstellungsoffensive in der Polizei Baden-Württemberg fällt zusammen mit der größten Pensionierungswelle in der Polizei Baden-Württemberg. Die nunmehr 10.000ste Einstellung in den Polizeivollzugsdienst darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Personalsituation der Polizei weiterhin äußerst prekär ist. Baden-Württemberg belegt auch mit der größten Einstellungsoffensive weiterhin den letzten Platz bei der Polizeidichte im Vergleich der Flächenbundesländer. Die Polizeidichte errechnet sich aus der Bevölkerungszahl in 100.000 und den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die sie betreuen. Baden-Württemberg entwickelt sich bezogen auf alle Beschäftigten in der Polizei inklusive Auszubildende sogar leicht unterdurchschnittlich im Ländervergleich, wie das Statistische Bundesamt ausweist.[1]

Die Polizeidichte in Baden-Württemberg beträgt für das Jahr 2017 (bei 11.032.425 Einwohner und 24.243,5 Vollzugsstellen ohne Auszubildendenstellen) 219,93 und für das Jahr 2021 (bei 11.124.642 Einwohner und 24.437 Vollzugsstellen ohne Auszubildendenstellen) 219,67. Sie ist trotz Einstellungsoffensive also gleichgeblieben.

Baden-Württemberg ist ein Bundesland mit Bevölkerungswachstum[2]. 1991 wurde die Marke von 10 Mio. Einwohner überschritten, 2017 waren es 11. Mio. Unter diesem Blickwinkel hätte die Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten seit 1991 um über 10 Prozent erhöht werden müssen, um das Betreuungsverhältnis auf gleichbleibenden Niveau zu halten. Das entspricht über 2.000 Planstellen die geschaffen hätten werden müssen.

Die Bemühungen der Landesregierung reichen kaum aus, um die Abgänge zu kompensieren. Wir vermissen in den Berichterstattungen die Bilanzierung aus Einstellungszahl minus Abgänge, also in erster Linie die Zahl der Pensionierungen, Länderwechsel oder Ausscheiden durch Tod oder Krankheit. Hinzu kommt, dass nicht alle Auszubildenden ihre Ausbildung in der Polizei beenden. So sollten in den Jahren 2018 und 2019 jeweils 1.800 neue Einstellungen erfolgen. Tatsächlichen wurden 2018 1.732 Menschen eingestellt und 2019 waren es 1.787. In der Landtagsdrucksache 17/2360[3] führt das Innenministerium in der Beantwortung aus, dass von den 1.732 eingestellten Menschen 238 die Ausbildung nicht beendet haben oder ausgeschieden sind. Im Jahr 2019 waren es von 1.787 ganze 246 Menschen, die nicht in der Praxis angekommen sind. Das waren in beiden Jahren über 13 Prozent. Dies ist keine neue Entwicklung, wir fordern deswegen, dass zukünftig ein Einstellungsaufschlag von 15 Prozent einberechnet wird. Wer am Ende der Ausbildung 1.500 neue Polizistinnen und Polizisten haben möchte, muss 1.725 einstellen.

Die Haushaltsstellen werden vom Haushaltsgesetzgeber am Ist-Stand orientiert ausgewiesen und entwickelt. Dadurch lassen sich Vergleiche und Entwicklungen darstellen[4]. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die im Haushalt ausgewiesenen Stellen nie zu 100 Prozent besetzt sind. Tatsächlich gibt es innerhalb der Polizeiorganisation Organisationseinheiten, deren Erfüllungsstände nur bei 80 Prozent liegen, ein Fehl von 10 Prozent ist leider völlig normal.

Von 2017 bis 2022 beträgt der addierte Stellenzuwachs bei den Vollzugspolizeistellen in Innenministerium, Regional- und Sonderpräsidien gerade einmal 189,5 Stellen.

In den Betrachtungszeitraum 2017 bis 2022 fällt die Gründung eines zusätzlichen 13. Regionalen Polizeipräsidiums durch die zweite Polizeireform 2020 mit zusätzlichem Personalbedarf. Zahlreiche zusätzliche Aufgaben sind im Bereich der Querschnittaufgaben entstanden oder durch Entwicklungen in Kriminalitätsfeldern, beispielsweise die Zunahme von Verdachtsmeldungen im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern und der Kinderpornographie. Hinzu kommen wichtige neue Themen wie die Intensivierung der Bekämpfung von Hass und Hetze. Die 10.000 Einstellung sollte deswegen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Polizei Baden-Württemberg seit Jahren am Limit arbeitet und die anhaltenden Personalforderungen der Gewerkschaften und Berufsvertretungen nicht aus dem Himmel gegriffen sind.

Wir freuen uns über die 10.000 Einstellung, erwarten jedoch eine ehrliche und bilanzierte Berichterstattung durch das Innenministerium. Die aktuellen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Situation in der Polizei zu verbessern. Die Landesregierung ist gefragt. Wir erwarten zudem weiterhin, die bereits zweimal im Koalitionsvertrag vereinbarte Zukunftsoffensive Kriminalpolizei mittels eines Maßnahmenpakets mit Leben zu erfüllen.

BDK – Bund Deutscher Kriminalbeamter: Der BDK vertritt bundesweit rund 15.000 Beschäftigte in den Kriminalpolizeien von Bund und Ländern. Der BDK Baden-Württemberg wurde 1969 gegründet. Er setzt sich für die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder ein und bringt sich im Bereich Kriminalpolitik und Gesetzgebung mit seiner kriminalpolizeilichen Expertise ein. Der BDK ist politisch neutral und unterliegt keinen dachgewerkschaftlichen Einflüssen oder Vorgaben.

Rückfragen bitte an:

BDK Baden-Württemberg
Telefon: +49 15758431010
Landesvorsitzender Steffen Mayer
E-Mail: Kontakt
https://www.bdk.de/

[1] Anlage 1 „Polizeidichte“, Quelle: Statistisches Bundesamt, Vollzeitäquivalent der Beschäftigten im Aufgabenbereich Polizei in den Kernhaushalten des Bundes und der Länder

[2] Statistisches Landesamt, Bevölkerungsentwicklung

[3] Landtagsdrucksache 17/2360: „Stellen und Ausbildung bei der Polizei Baden-Württemberg“

[4] Anlage 2 - Gesamtrechnung Vollzugspolizeistellen auf Basis der Stellenhaushaltspläne 2017 und 2022, Quelle: Finanzministerium BW (2017 und 2022)

Anlagen

Anlage 1 – Polizeidichte

Quelle: Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/Tabellen/beschaeftigten-polizei.html

Tabelle 1: Alle Beschäftigten in der Polizei inkl. Auszubildende

Bundesland	30.06.2018	30.06.2019	30.06.2020
Flächenländer insgesamt	*300*	*303*	*307*
Baden-Württemberg	268	271	275
Bayern	303	304	306
Brandenburg	350	352	349
Hessen	307	309	314
Mecklenburg-Vorpommern	343	339	383
Niedersachsen	306	312	315
Nordrhein-Westfalen	278	282	288
Rheinland-Pfalz	304	308	310
Saarland	315	316	318
Sachsen	355	357	362

Sachsen-Anhalt	345	359	364
Schleswig-Holstein	291	295	298
Thüringen	325	330	332

Tabelle 2: Nur die Beamtinnen und Beamten in der Polizei (inkl. Auszubildende und alle Beamtenlaufbahnen, nicht nur Vollzug)

Bundesland	**30.06.2018**	**30.06.2019**	**30.06.2019**
Flächenländer insgesamt	*261*	*264*	*268*
Baden-Württemberg	238	240	243
Bayern	264	265	267
Brandenburg	315	317	314
Hessen	261	263	267
Mecklenburg-Vorpommern	303	300	343
Niedersachsen	262	268	271
Nordrhein-Westfalen	246	247	249
Rheinland-Pfalz	261	263	265
Saarland	281	282	282
Sachsen	293	299	307
Sachsen-Anhalt	308	324	330
Schleswig-Holstein	259	263	265
Thüringen	290	295	298

Anlage 2 – Gesamtrechnung Vollzugspolizeistellen

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg, Staatshaushaltsplan 2017 und 2022

https://www.statistik-bw.de/shp/2017/ und https://www.statistik-bw.de/shp/2022/html/einzelplan03.html (Einzelplan 03)

Kapitel 0301 Leitung, Schutz- und Kriminalpolizei, kein Stellenpool freiw. Verlängerung (Ministerium)

2017	65
2021	65
2022	62

Kapitel 0314 Leitung, Schutz- und Kriminalpolizei, Stellenpool freiwillige Verlängerung (Regionalpräsidien)

2017	20.471
2021	20.638
2022	20.634

Kapitel 0315 Leitung, Schutz- und Kriminalpolizei, Stellenpool freiwillige Verlängerung (PTLS Pol)

2017	349
2021	333
2022	350

Kapitel 0316 Leitung, Schutz- und Kriminalpolizei, Stellenpool freiwillige Verlängerung (PP Einsatz)

2017	2.232,5
2021	2.238
2022	2.238

Kapitel 0317 Leitung, Schutz- und Kriminalpolizei, Stellenpool freiwillige Verlängerung (HfPol BW)

2017	367
2021	371
2022	371

Kapitel 0318 Leitung, Kriminalpolizei, Stellenpool freiwillige Verlängerung (LKA BW)

2017	759
2021	792
2022	778

0301, 0314 bis 0318 Leitung, Schutz- und Kriminalpolizei, Stellenpool freiwillige Verlängerung

2017	24.243,5
2021	24.437
2022	24.433

Schlagwörter
Baden-Württemberg
diesen Inhalt herunterladen: PDF